

Nr. 774 der Urkundenrolle für das Jahr 2020 (A)

Bescheinigung

Ich bescheinige, dass die geänderten Bestimmungen der nachstehenden Satzung der

CytoTools AG

mit dem Beschluss des Aufsichtsrats vom 19.08.2020 über die Satzungsänderung und die unveränderten Bestimmungen mit dem zuletzt zum Handelsregister eingereichten Wortlaut der Satzung übereinstimmen.

Darmstadt, den 20.08.2020

Dr. Bock

Dr. Bock, Rechtsanwalt
als amtlich bestellter Vertreter
des Notars Dr. Wulf Albach



Satzung der CytoTools

AG Darmstadt HRB 85235

I. Allgemeine Bestimmungen

§1 Firma und Sitz

Die Gesellschaft ist unter der Firma CytoTools AG eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Darmstadt.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Forschung und Entwicklung sowie zugehörige Dienstleistungen jeder Art im biomedizinischen Bereich.
- (2) Die Gesellschaft kann in diesen Geschäftsbereichen selbst oder durch Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften tätig werden. Sie ist zu allen Handlungen und Maßnahmen berechtigt, die mit dem Unternehmensgegenstand zusammen hängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

II. Grundkapital und Aktien, Genehmigtes Kapital

§ 3 Grundkapital und Aktien, Genehmigtes Kapital, Bedingtes Kapital

- (1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 4.028.000,00 EUR (in Worten: Euro vier Millionen achtundzwanzigtausend Euro) und ist eingeteilt in 4.028.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien.
- (2) Die Form und den Inhalt der Aktienurkunden sowie der Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine bestimmt der Vorstand. Die Gesellschaft ist berechtigt, Aktienurkunden über mehrere Aktien auszustellen (Sammelurkunden). Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist ausgeschlossen. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.
- (3) Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 28.08.2021 durch Ausgabe bis zu 322.000 neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bareinlagen oder gegen Sacheinlagen einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch höchstens um 322.000,00 EUR zu erhöhen (genehmig-

tes Kapital 2016).

- (4) Über den weiteren Inhalt der jeweiligen Aktienrechte einschließlich der Gattung der auszugebenden Aktien und die sonstigen Bedingungen der Aktienaussgabe sowie darüber, ob diese Aktien bereits ab Beginn des Geschäftsjahres, in dem sie ausgegeben werden, gewinnbezugsberechtigt sind, entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in folgenden Fällen auszuschließen:
- um Spitzenbeträge auszugleichen;
 - soweit ein Dritter, der nicht Kreditinstitut i.S.d. § 186 Abs. 5 AktG ist, die neuen Aktien zeichnet und sicherstellt, dass den Aktionären ein mittelbares Bezugsrecht eingeräumt wird;
 - soweit die Kapitalerhöhung zum Zwecke des Unternehmenszusammenschlusses oder des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen oder von sonstigen Wirtschaftsgütern im Wege der Sacheinlage erfolgt; und/oder
 - soweit der auf die neuen Aktien, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, entfallende Anteil am Grundkapital insgesamt zehn vom Hundert des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich i.S.d. §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet.

III. Der Vorstand

§ 4 Zusammensetzung des Vorstandes, Geschäftsführung

- (1) Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Der Aufsichtsrat legt die konkrete Zahl der Vorstandsmitglieder fest. Auch im Falle des § 76 Absatz 2 Satz 2 AktG kann der Vorstand aus einer Person bestehen.
- (2) Besteht der Vorstand aus mehr als einem Mitglied, werden die Beschlüsse des Vorstands mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Hat der Vorstand mehr als zwei Mitglieder, entscheidet bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden des Vorstands.
- (3) Der Aufsichtsrat kann für den Vorstand eine Geschäftsordnung und einen Geschäftsverteilungsplan erlassen. Die Geschäftsordnung kann auch festlegen, zu welchen Geschäften und Rechtshandlungen der Vorstand die Zustimmung des Aufsichtsrats einzuholen hat.

§ 5 Vertretung

- (1) Die Gesellschaft wird gesetzlich vertreten, wenn der Vorstand nur aus einer Person besteht, durch diese, wenn der Vorstand aus mehreren Personen besteht
 1. durch ein Mitglied des Vorstandes, wenn ihm der Aufsichtsrat die Befugnis zur Einzelvertretung erteilt hat;
 2. durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder
 3. durch ein Vorstandsmitglied zusammen mit einem Prokuristen.
- (2) Der Aufsichtsrat kann Vorstandsmitglieder für Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft als Vertreter eines Dritten von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

IV. Der Aufsichtsrat

§ 6 Zusammensetzung, Amtsdauer, Niederlegung

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt werden.
- (2) Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für die Zeit bis zu Beendigung derjenigen Hauptversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt. Das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, wird nicht mitgerechnet.
- (3) Die Hauptversammlung kann für Mitglieder des Aufsichtsrats bei der Wahl eine kürzere Amtsdauer bestimmen. Die Bestellung des Nachfolgers eines vor Ablauf seiner Amtszeit ausgeschiedenen Mitglieds erfolgt, soweit die Amtszeit des Nachfolgers nicht abweichend bestimmt wird, für den Rest der Amtsperiode des ausgeschiedenen Mitglieds.
- (4) Die Hauptversammlung kann für jedes von ihr zu wählende Aufsichtsratsmitglied ein Ersatzmitglied bestellen. Ein Ersatzmitglied kann als Ersatz zugleich für mehrere Aufsichtsratsmitglieder bestellt werden. Scheidet ein von der Hauptversammlung gewähltes Aufsichtsratsmitglied vor Ablauf seiner Amtszeit aus, so tritt das Ersatzmitglied an dessen Stelle, wenn kein Nachfolger bestellt ist. Das Amt des Ersatzmitglieds endet,

sobald ein Nachfolger für das ausgeschiedene Aufsichtsratsmitglied bestellt ist, spätestens mit dem Ablauf der Amtszeit des vorzeitig weggefallenen Aufsichtsratsmitglieds.

- (5) Jedes Mitglied des Aufsichtsrats und jedes Ersatzmitglied kann sein Amt unter Einhaltung einer Frist von einem Monat auch ohne wichtigen Grund durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder dem Vorstand niederlegen.
- (6) Ersatzmitgliedern des Aufsichtsrats ist die Teilnahme an Aufsichtsratssitzungen nicht gestattet.

§ 7 Vorsitzender und Stellvertreter, Ausschüsse

- (1) Im Anschluss an jede Hauptversammlung, in der die Aufsichtsratsmitglieder neu gewählt worden sind, findet eine Aufsichtsratssitzung statt, zu der nicht förmlich eingeladen zu werden braucht. In dieser Sitzung wählt der Aufsichtsrat einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Die Amtszeit des Vorsitzenden und des Stellvertreters entspricht, soweit bei der Wahl nicht eine kürzere Amtszeit bestimmt wird, ihrer Amtszeit als Mitglied des Aufsichtsrats.
- (2) Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden und ihnen, soweit gesetzlich zulässig, auch Entscheidungsbefugnisse des Aufsichtsrats übertragen. Für die Aufsichtsratsausschüsse gelten die Bestimmungen über den Aufsichtsrat entsprechend, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Der Ausschuss kann aus seiner Mitte einen Vorsitzenden wählen, wenn nicht der Aufsichtsrat einen Vorsitzenden bestimmt.
- (3) Scheiden vor dem Ablauf ihrer Amtszeit der Vorsitzende oder der Stellvertreter aus diesen Ämtern aus, so nimmt der Aufsichtsrat unverzüglich eine Neuwahl für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen vor.

§ 8 Einberufung des Aufsichtsrats

- (1) Zu den Aufsichtsratssitzungen lädt der Aufsichtsratsvorsitzende mit einer Frist von vierzehn Tagen schriftlich ein. In dringenden Fällen kann die Einladung mit kürzerer Frist sowie mündlich, fernmündlich, per Telefax oder durch andere moderne Telekommunikationsmittel (E-Mail) erfolgen. In der Einladung sind der Ort der Sitzung und die Gegenstände der Tagesordnung bekannt zu geben.

- (2) Der Vorsitzende kann eine einberufene Sitzung nach pflichtgemäßem Ermessen verlegen oder aufheben.

§ 9 Beschlussfassung, Beschlussfähigkeit

- (1) Der Aufsichtsrat beschließt mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht durch Gesetz oder Satzungsbestimmung andere Mehrheiten vorgeschrieben sind. Eine Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder, falls der Vorsitzende nicht an der Beschlussfassung teilnimmt, die Stimme des Stellvertreters den Ausschlag.
- (2) Die Aufsichtsratssitzungen werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden geleitet. Der Sitzungsleiter bestimmt den Sitzungsablauf, insbesondere die Reihenfolge, in der die Gegenstände der Tagesordnung behandelt werden, sowie die Art der Abstimmung. Zu nicht rechtzeitig mitgeteilten Gegenständen der Tagesordnung kann nur Beschluss gefasst werden, wenn kein Mitglied widerspricht. Abwesenden Mitgliedern ist in einem solchen Fall innerhalb einer vom Vorsitzenden bestimmten angemessenen Frist Gelegenheit zum Widerspruch zu geben; der Beschluss wird erst wirksam, wenn kein abwesendes Mitglied innerhalb der Frist widersprochen hat.
- (3) Auf Anordnung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats können Beschlüsse auch außerhalb von Sitzungen durch schriftliche, fernmündliche oder per Telefax oder durch andere moderne Telekommunikationsmittel übermittelte Stimmabgabe gefasst werden, wenn kein Mitglied diesem Verfahren innerhalb einer vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu bestimmenden Frist widerspricht.
- (4) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Hälfte, mindestens jedoch drei der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter an der Beschlussfassung teilnehmen. Ein Mitglied nimmt auch dann teil, wenn es sich der Stimme enthält. Abwesende Aufsichtsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrats teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch andere Aufsichtsratsmitglieder oder Personen, die nach § 109 AktG zur Teilnahme zugelassen sind, überreichen lassen.
- (5) Über die Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse ist eine Niederschrift anzufertigen, die der Sitzungsleiter zu unterzeichnen hat. In der Niederschrift sind der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Aufsichtsrats anzugeben. Über schriftlich, fernmündlich oder per Telefax oder durch andere moderne Tele-

kommunikationsmittel gefasste Beschlüsse wird eine Niederschrift angefertigt, die der Aufsichtsratsvorsitzende unterzeichnet.

- (6) Der Vorsitzende des Aufsichtsrats - oder im Falle seiner Verhinderung der Stellvertreter - ist ermächtigt, im Namen des Aufsichtsrats die zur Durchführung der Beschlüsse des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse erforderlichen Willenserklärungen abzugeben. Nur der Vorsitzende des Aufsichtsrats - oder im Falle seiner Verhinderung der Stellvertreter - ist befugt, Erklärungen für den Aufsichtsrat entgegenzunehmen.
- (7) Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen, insbesondere die Satzung entsprechend dem Umfang von Kapitalerhöhungen aus genehmigtem und bedingtem Kapital zu ändern. Er kann außerdem die Satzung an neue gesetzliche Vorschriften anpassen, die für die Gesellschaft verbindlich werden, ohne dass ein Beschluss der Hauptversammlung erforderlich wäre.

§ 10 Vergütung

- (1) Den Aufsichtsratsmitgliedern steht für ihre Tätigkeit eine angemessene Vergütung zu. Die Vergütung wird in Form von Sitzungsgeldern gezahlt, die den Aufsichtsratsmitgliedern für die Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrates zustehen. Das Sitzungsgeld ist im Anschluss an die jeweilige Sitzung des Aufsichtsrates zu zahlen. Das Sitzungsgeld beträgt mindestens 1.000,00 €, für den Vorsitzenden mindestens 2.000,00 €. Der Gesamtaufwand aller im Geschäftsjahr an sämtliche Aufsichtsratsmitglieder gezahlten Gelder (Sitzungsgeld, Reisespesen, Versicherungsbeiträge) darf einen Betrag von 200.000,00 € nicht übersteigen.
- (2) Der Aufsichtsrat entscheidet durch Beschluss mit einfacher Mehrheit nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung der in Absatz 1 bestimmten Grenzen über die Erhöhung des in Abs. 1 bestimmten Sitzungsgeldes. Er kann nach billigem Ermessen auch bestimmen, dass einzelnen Mitgliedern des Aufsichtsrates ein höheres, angemessenes Sitzungsgeld zusteht, als anderen Mitgliedern des Aufsichtsrates; ein erhöhtes Sitzungsgeld kann einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern insbesondere im Hinblick auf deren Funktion oder Qualifikation gewährt werden.
- (3) Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten Ersatz aller Auslagen.

V. Die Hauptversammlung

§ 11 Einberufung der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen. Sie findet in Darmstadt oder am Sitz einer deutschen Wertpapierbörse statt.

§ 12 Leitung der Hauptversammlung

- (1) Die Hauptversammlung wird vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates geleitet. Der Aufsichtsrat kann auch einen Dritten als Versammlungsleiter bestimmen.
- (2) Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

§ 13 Teilnahme an der Hauptversammlung

- (1) Soweit gesetzlich nichts Abweichendes bestimmt ist, ist die Hauptversammlung mindestens 30 Tage vor dem Tag der Versammlung einzuberufen. Der Tag der Versammlung und der Tag der Einberufung sind nicht mitzurechnen. Die Einberufungsfrist verlängert sich um die Tage der Anmeldefrist nach Absatz 2 Satz 2.
- (2) Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich bei der Gesellschaft in Textform (§ 126b BGB) in deutscher oder englischer Sprache anmelden und ihre Berechtigung nachweisen. Die Anmeldung muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Versammlung zugehen. Der Tag des Zugangs ist nicht mitzurechnen.
- (3) Als Berechtigungsnachweis nach Absatz 2 ist ein in Textform (§ 126b BGB) in deutscher oder englischer Sprache erstellter besonderer Nachweis des Anteilsbesitzes durch ein depotführendes Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut zu erbringen. Der Nachweis des Anteilsbesitzes hat sich auf den Beginn des 21. Tages vor der Versammlung zu beziehen und muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Versammlung zugehen. Der Tag des Zugangs ist nicht mitzurechnen. Im Verhältnis zur Gesellschaft gilt für die Teil-

nahme an der Versammlung oder die Ausübung des Stimmrechts als Aktionär nur, wer diesen Nachweis erbracht hat.

- (4) Der Tag der Hauptversammlung ist bei der Berechnung der Fristen nach Absatz 2 und 3 nicht mitzurechnen. Eine Verlegung von einem Sonntag, einem Sonnabend oder einem Feiertag auf einen zeitlich vorausgehenden oder nachfolgenden Werktag kommt nicht in Betracht. Die §§ 187 bis 193 BGB sind nicht entsprechend anzuwenden.

§ 14 Stimmrecht

In der Hauptversammlung gewährt je eine Stückaktie eine Stimme.

VI. Geschäftsjahr, Jahresabschluss, Gewinnverwendung, Bekanntmachungen

§ 15 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 16 Jahresabschluss, Gewinnverwendung

- (1) Der Vorstand hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns dem Aufsichtsrat unverzüglich nach Eingang des Prüfungsberichts zusammen mit seinem Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns zur Prüfung vorzulegen.
- (2) Nach Eingang des Berichts des Aufsichtsrats über das Ergebnis seiner Prüfung hat der Vorstand unverzüglich die ordentliche Hauptversammlung einzuberufen, die innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahres stattzufinden hat. Sie beschließt über die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats, über die Wahl des Abschlussprüfers und über die Verwendung des Bilanzgewinns.

§ 17 Bekanntmachungen und Gerichtsstand

- (1) Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger.
- (2) Für alle Streitigkeiten der Gesellschaft und ihrer Organe mit ihren Aktionären als solchen besteht ein Gerichtsstand am Sitz der Gesellschaft. Ausländische Gerichte sind für solche Streitigkeiten nicht zuständig.

§ 18 Aufwand des Formwechsels

Die Gesellschaft trägt den Aufwand des Formwechsels, nämlich die Beurkundungskosten, Rechtsberatungskosten, Kosten der Gründungsprüfung, Kosten der Handelsregisteranmeldung, Gerichtskosten und Veröffentlichungskosten bis zu einem Betrag von EUR 20.000.

Ich beglaube hiermit die Übereinstimmung des mir in Urschrift vorliegenden Dokumentes in Papierform mit den in dieser Datei enthaltenen Bilddaten.

Darmstadt, den 20.08.2020

Dr. Stefan Landzettel, Notar